

**Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich**

**Sitzungstermin: Dienstag, 26.10.2010**

**Raum: Ratssaal des Rathauses**

**Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr**

**Sitzungsende: 17:57 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Rainer Zörgiebel                      UWG

**ordentliche Mitglieder**

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen      CDU

Frau Susanne Lamers                      CDU

Herr Alfons Langfermann                CDU

Herr Hans-Dieter Röben                 CDU

Herr Jürgen Haake                         FDP

Herr Rüdiger Kramer                     SPD

Herr Lars Krause                         SPD

Frau Monika Sager-Gertje                SPD

Herr Dieter Güttler                        SPD                                      für Werner Skirde

Herr Gerd Langhorst                      B90/Grüne

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dieter Decker

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Ralf Kobbe

**Gäste**

Herr Thomas Aufleger vom Planungsbüro NWP

Herr Matthias Lux vom Ingenieurbüro Lux Planung

Herr Olaf Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Herr Hans-Gerold Finkeisen              CDU

Frau Evelyn Fisbeck                        FDP

Herr Hans-Hermann Schlange            SPD                                      Ehrenratsmitglied

sowie 4 weitere Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Werner Skirde                        SPD

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.09.2010
- 4 2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg"  
Vorlage: 2010/163
- 5 44. F-Planänderung - nördlich Nethener Weg  
Vorlage: 2010/159
- 6 Bebauungsplan 78 B - Hahn - Am Ostermoor II  
Vorlage: 2010/162
- 7 Zughalt in Hahn-Lehmden; Antrag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 2010/160
- 8 Verbesserung der Entsorgungsmöglichkeit von Hundekot; Antrag der FDP-Fraktion  
Vorlage: 2010/161
- 9 Aufstellung Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark  
Vorlage: 2010/157
- 10 Einwendung der Gemeinde Rastede zum Planfeststellungsverfahren PFA 2, Strecke 1522, Bahnstrecke ABS Oldenburg-Wilhelmshaven
- 11 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Die Verwaltung bittet, als zusätzlichen Tagesordnungspunkt 10 die Einwendung der Gemeinde Rastede zum Planfeststellungsverfahren PFA 2, Strecke 1522, Bahnstrecke ABS Oldenburg-Wilhelmshaven mit aufzunehmen.

**Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:**

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.09.2010**

**Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 20.09.2010 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg"  
Vorlage: 2010/163**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Lux vom Büro Lux-Planung stellt die in der Anlage zur Vorlage erläuterten wesentlichen Anregungen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge vor, und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen der Satzungsbeschluss über die Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2 in der nächsten Ratssitzung erfolgen kann. Herr Lux stellt ergänzend heraus, dass nach einem entsprechenden Hinweis des Landkreises Ammerland auf die Zulässigkeit einer Betriebsleiterwohnung verzichtet wird, sodass im Plangebiet nur eine gewerbliche Nutzung möglich sein wird.

Herr von Essen und Herr Kramer zeigen sich erfreut darüber, dass es unproblematisch gelungen ist, einen Leerstand zu verhindern und zugleich einen qualitativ hochwertigen Betrieb anzusiedeln. Im Übrigen sind auch die Abwägungsvorschläge nachvollziehbar und plausibel, sodass dem Satzungsbeschluss nichts im Wege steht.

Herr Langhorst signalisiert ebenfalls Zustimmung, weist aber darauf hin, dass derzeit auf dem als Grünfläche gekennzeichneten Bereich ein Fahrzeug unzulässigerweise als Sonderangebot offeriert wird.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen.
4. Die 2. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 – „Südlich Brombeerweg“ nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 5**

**44. F-Planänderung - nördlich Nethener Weg  
Vorlage: 2010/159**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Zörgiebel regt an, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam zu beraten und im Anschluss separat über die jeweiligen Punkte abzustimmen.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Im Anschluss stellt Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die in den Anlagen zu den Vorlagen 2010/159 und 2010/162 erläuterten wesentlichen Anregungen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die daraus resultierenden Abwägungsvorschläge vor.

Herr von Essen begrüßt, dass es mit dieser Planung gelingt, die gewünschte weitere Entwicklung für Hahn-Lehmden auf den Weg zu bringen. Er weist zudem darauf hin, dass die Interessen der Anlieger im Abwägungsverfahren weitestgehend berücksichtigt werden konnten und die allseits befürwortete ortsnahe Waldkompensation realisiert werden kann.

Frau Sager-Gertje schließt sich den Ausführungen von Herrn von Essen an und ergänzt, dass es wie vom Planungsbüro geschildert richtig ist, die noch nicht planfestgestellte A20 nicht weiter zu betrachten, da die Streckenführung zurzeit noch offen ist.

Herr Langhorst signalisiert ebenfalls Zustimmung, hinterfragt jedoch, ob der zur Entwässerung benötigte Graben zwingend verrohrt werden muss.

Frau Sager-Gertje weist darauf hin, dass der Graben das aktuell beplante Gebiet nicht tangiert.

Bürgermeister Decker ergänzt, dass die Thematik im Rahmen des anschließenden Bebauungsplanes abgearbeitet wird. Gleichwohl gibt er grundsätzlich zu bedenken, dass von beiden Seiten bebaute Gräben nur schwer zu pflegen sind, sodass Probleme bei der Reinigung wie zum Beispiel im Göhlen vorprogrammiert sind, da die frei zu haltenden Randstreifen häufig anderweitig genutzt werden.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.

3. Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes – nördlich Nethener Weg nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 6**

**Bebauungsplan 78 B - Hahn - Am Ostermoor II**  
**Vorlage: 2010/162**

**Sitzungsverlauf:**

Es wird auf die Beratung zu TOP 5 verwiesen.

Darüber hinaus erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 78 B – Hahn – Am Ostermoor II nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:



**Tagesordnungspunkt 7**

**Zughalt in Hahn-Lehmden; Antrag der SPD-Fraktion**

**Vorlage: 2010/160**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Kramer betont, dass es wichtig und richtig ist, sich entsprechend der Empfehlung des beauftragten Gutachters eine geeignete Fläche für einen möglichen Zughalt in Hahn-Lehmden über eine Änderung des Flächennutzungsplanes mittelfristig zu sichern, um sich nicht die Möglichkeit zu verbauen, später einen Zughalt errichten zu können.

Herr Langhorst unterstützt den Antrag ausdrücklich und ergänzt, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes eine Perspektive für die Zukunft darstellt und obendrein auch eine Signalwirkung hat, womit zum Ausdruck gebracht wird, dass die Politik hinter der Errichtung eines Zughaltes in Hahn-Lehmden steht.

Herr von Essen weist darauf hin, dass auf Grundlage des Gutachtens derzeit die Einrichtung eines Zughaltes völlig unrealistisch ist. Nichts desto trotz hat auch die CDU-Fraktion großes Interesse daran, mittelfristig das Projekt realisieren zu können. Vor diesem Hintergrund scheint es ratsam zu sein, zunächst einmal mit der Ortsgemeinschaft im Rahmen der anstehenden Ortsentwicklungsplanung die Thematik abzuarbeiten und in diesem Zusammenhang gleich geeignete Flächen zu suchen.

Auf Nachfrage von Herrn von Essen berichtet Bürgermeister Decker, dass beim Grundstückseigentümer des ehemaligen Bahnhofsgeländes die Begeisterung hinsichtlich einer möglichen Änderung des Flächennutzungsplanes nicht sehr groß ist, da die Flächen für betriebliche Zwecke zwingend benötigt werden. Aus Sicht der Verwaltung wäre es daher zunächst richtig, geeignete Flächen für einen Zughalt zu suchen.

Frau Sager-Gertje bemerkt, dass es auch in Wüsting viele Jahre gedauert hat, bis der Zughalt realisiert werden konnte, sodass es aus Sicht der SPD-Fraktion sinnvoll wäre, bereits jetzt die erforderlichen Flächen planerisch zu sichern.

Bürgermeister Decker legt dar, dass ohne das Einverständnis des Eigentümers eine Überplanung eines Gebiets keinen Sinn macht, sodass wie schon ausgeführt zunächst eine geeignete Fläche gesucht werden muss.

Herr Zörgiebel begrüßt den Vorschlag, die Dorfgemeinschaft im Rahmen der Ortsentwicklungsplanung bei der Suche nach einer geeigneten Fläche für einen Zughalt einzubinden und erst anschließend in die weitere Planung mit der Änderung des Flächennutzungsplanes einzusteigen.

Herr Langhorst erläutert, dass die Gemeinde Rastede auch bei anderen Projekten stets konzeptionelle Überlegungen anstellt, um mittelfristig gesteckte Ziele zu dokumentieren, sodass auch bei diesem Projekt über die Änderung des Flächennutzungsplanes das gemeindliche Interesse deutlich zum Ausdruck gebracht werden sollte. Vor dem Hintergrund der geschilderten Grundstückproblematik ist es aber auch vorstellbar, die Vorlage zunächst für einen beschränkten Zeitraum zurückzustellen und die Verwaltung mit dem ausdrücklichen Ziel zu beauftragen, einen möglichst verbindlichen Standort für einen Zughalt zu suchen, der dann auch entsprechend überplant werden kann.

Frau Lamers führt aus, dass keine Fraktion den Zughalt verhindern will, jedoch Daten und Fakten hinsichtlich der Grundstückverfügbarkeit nicht einfach unberücksichtigt bleiben dürfen. Sie spricht sich ebenso wie Bürgermeister Decker dafür aus, zunächst einen geeigneten Standort zu suchen, bevor weitere Planungsüberlegungen angestellt werden.

Herr Ammermann legt dar, dass eine Überplanung der eigentlichen Bahnstrecke grundsätzlich nicht möglich ist und auch eine Flächennutzungsplanänderung zur Sicherung möglicher Flächen für einen Zughalt entlang der eigentlichen Strecke äußerst schwierig sein wird, da damit vermutlich auch Auswirkungen auf die Signaltechnik der Bahn verbunden sein könnten. Bei einem möglichen Einwand der Bahn im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung wäre es darüber hinaus äußerst schwierig, die Notwendigkeit der Planung angesichts der ungünstigen Zahlen im beauftragten Gutachten zu begründen.

Herr Güttler und Herr Kramer bekräftigen noch einmal, dass sie vom Grundsatz her an ihrem Antrag festhalten, um den politischen Willen zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig die Tür für eine spätere Realisierung des Zughaltes nicht zu verschließen.

Herr Krause ergänzt, dass eine leichte Abwandlung des Antrags vorstellbar ist, worin die Verwaltung unter anderem beauftragt wird, alternative Flächen für einen Zughalt aufzuzeigen.

Bürgermeister Decker unterbreitet daraufhin den Vorschlag, die Verwaltung zu beauftragen, die notwendigen Vorbereitungen für eine Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Ziel zu treffen, in Hahn-Lehmden einen Zughalt einrichten zu können.

**Beschlussempfehlung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorbereitungen für eine Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Ziel zu treffen, in Hahn-Lehmden einen Zughalt einrichten zu können.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 8**

**Verbesserung der Entsorgungsmöglichkeit von Hundekot; Antrag der FDP-Fraktion  
Vorlage: 2010/161**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Decker berichtet eingangs, dass sich die Situation auf dem Kögel-Willms-Platz durch die zunehmende soziale Kontrolle deutlich gebessert hat, sodass die Verwaltung empfiehlt, die Thematik zunächst einmal für sechs Monate zurückzustellen, um die Situation weiter beobachten zu können.

Herr Haake kann sich diesem Vorschlag anschließen, macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Thematik pressemäßig stärker begleitet werden muss, um die Hundehalter hinsichtlich der Problematik zu sensibilisieren. Dessen ungeachtet vertritt er die Auffassung, dass auf einem Platz wo regelmäßig zahlreiche Kinder spielen, grundsätzlich überlegt werden sollte, ob und inwieweit dort noch Hunde zugelassen werden sollten.

Herr Kramer bemerkt, dass sich die sogenannten Hundetoiletten bereits in anderen Erholungsorten bewährt haben, sodass sich die SPD-Fraktion durchaus ein Versuch auf dem Kögel-Willms-Platz vorstellen kann, zumal sich die Kosten für eine Anlage mit 88 bis 140 Euro im Rahmen halten.

Herr Krause ergänzt, dass seitens der Verwaltung ermittelt werden sollte, an welchen markanten Stellen die Hundetoiletten ebenfalls aufgestellt werden müssten, um das Problem flächendeckend in den Griff zu bekommen.

Frau Lamers weist darauf hin, dass es für verantwortungsbewusste Hundehalter selbstverständlich ist, ein Tütchen für die Hinterlassenschaften der Vierbeiner stets dabei zu haben. Um noch mehr Hundehalter zu bewegen entsprechend zu handeln, ist eine funktionierende soziale Kontrolle und gute Öffentlichkeitsarbeit viel wirkungsvoller, als an einigen Stellen im Ort Hundetoiletten aufzubauen.

Herr Langfermann weist ergänzend darauf hin, dass mit einer Hundetoilette auf dem Kögel-Willms-Platz möglicherweise noch mehr Hundebesitzer mit ihren Vierbeinern angelockt werden.

Herr Langhorst spricht sich gegen eine Überregulierung aus und legt dar, dass hinsichtlich der Kosten auch das Nachfüllen und Pflegen der Behältnisse berücksichtigt werden muss. Im Übrigen sollten die Hundehalter stärker in die Pflicht genommen werden, damit diese ihre Tiere so erziehen, dass sie ihr Geschäft nicht auf öffentlichen Plätzen verrichten.

Bürgermeister Decker unterstreicht, dass es für Hundebesitzer zumutbar ist, eigene Tüten für die Hinterlassenschaften ihrer Tiere mitzunehmen. Es stellt sich aus seiner Sicht die Frage, ob öffentliche Mittel aufgewandt werden müssten, um das Fehlverhalten einiger Hundebesitzer abzustellen.

Herr Zörgiebel unterbreitet nochmals den eingangs gemachten Vorschlag, die Vorlage zunächst zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 9**

**Aufstellung Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark  
Vorlage: 2010/157**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) den Bebauungsplan 79 E vor und macht diesbezüglich deutlich, dass sich die Festsetzungen grundsätzlich an die bisherigen Bebauungspläne 79 A – C orientieren.

Auf Nachfrage erläutert Herr Aufleger, dass der nach wie vor vorgesehene Fuß- und Radweg an der östlichen Seite der Oldenburger Straße nicht Gegenstand des Bebauungsplanes ist und daher auch nicht im Plan dargestellt werden muss.

Herr von Essen zeigt sich erfreut darüber, dass die Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken in Rastede ungebrochen ist und begrüßt, dass bei der aktuellen Planung die Grundstücksgrößen den Bedürfnissen angepasst werden.

Herr Kramer führt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn von Essen aus, dass es mit etwas kleineren Grundstücken vielleicht möglich ist, verstärkt jüngere Familien in die Gemeinde zu ziehen, um somit auch ein wenig den demografischen Wandel entgegenwirken zu können.

Auf Anfrage von Herrn Langhorst erklärt Herr Aufleger, dass die kleinsten Grundstücke immer noch 600 bis 650 qm groß sind, sodass nicht zu befürchten ist, dass die einzelnen Häuser zu dicht zusammen stehen.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 79 E – Südlich Schlosspark mit örtlichen Bauvorschriften und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.10.2010 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 79 E – Südlich Schlosspark nebst Begründung und örtlichen Bauvorschriften sowie Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 10**

**Einwendung der Gemeinde Rastede zum Planfeststellungsverfahren PFA 2, Strecke 1522, Bahnstrecke ABS Oldenburg-Wilhelmshaven**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Ammermann berichtet, dass die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei Prof. Stürer und der Gutachter Bonk Maire Hoppmann in ihrer Stellungnahme zum Ausdruck gebracht haben, dass große Teile der Planung in Frage zu stellen sind. Insbesondere die Verpflichtung des §41 BImSchG, schädliche Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche nach Möglichkeit zu vermeiden, scheint nicht entsprechend der gesetzlichen Vorgaben umgesetzt zu sein. Demnach müssten Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes bis zu einem sogenannten Goldenen Schnitt, der die Interessensabwägung zwischen dem Schutzbedürfnis der Planbetroffenen sowie die hierdurch entstehenden Kosten und anderen öffentlichen Belangen darstellt, so weit wie möglich verwirklicht werden.

*Hinweis: Die kompletten Einwendungen liegen der Niederschrift als Anlage 3 bei.*

Auf Anfrage von Herr Kramer erläutert Herr Ammermann, dass die Einwendungen der Bürger nicht konkret in die Stellungnahme der Gemeinde Rastede eingearbeitet wurden, sondern aus Zeitgründen direkt an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr weitergeleitet worden sind.

Auf weitere Nachfragen mehrere Ausschussmitglieder erläutert Herr Ammermann, das weitere Prozedere im Planfeststellungsverfahren. Darüber hinaus werden Verständnisfragen gestellt und von Herrn Ammermann geklärt.

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 11**

**Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 17:57 Uhr.